

vorwärts EXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

SITZENBLEIBEN IST KEINE LÖSUNG

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

es ist ziemlich genau zehn Jahre her, dass das Wort „Sitzenbleiben“ es in Baden-Württemberg in viele Schlagzeilen schaffte. Ich selbst war daran nicht ganz unschuldig, denn ich hatte als Kultusminister erklärt, dass ich Sitzenbleiben für völlig überholt halte und bessere individuelle Förderung viel mehr Erfolg bringt als „Strafrunden“. Die Fachleute stimmten mir zu, die Konservativen waren außer sich.

Heute, zehn Jahre später, treibt mich das Sitzenbleiben wieder um, und wieder geht es darum, dass schlechte Noten durch Sitzenbleiben nicht besser werden. Das gilt – immer noch – für alle Schülerinnen und Schüler in unserem Land. Das gilt heute aber ganz besonders für die grünkonservative Regierung von Ministerpräsident Kretschmann.

Vom „Musterländle“ spricht in Deutschland seit Jahren niemand mehr, und der einstige Klassenprimus Baden-Württemberg bekommt immer mehr schlechte Noten. Die Energiewende steckt fest, und seit der Ministerpräsident die Windkraft zur Chefsache gemacht hat, hat sich nur eins geändert: Er selbst jammert jetzt, wie fest sie steckt. Beim schnellen Internet und dem Mobilfunknetz hängen uns manche osteuropäischen Länder mühelos ab, bei den Schulvergleichen und Bildungsrankings rutscht unser Land immer weiter ab.

Wie reagiert Grün-Schwarz auf diese schlechten Noten? Mit Sitzenbleiben, leider. Je deutlicher wir alle sehen, wie viel

im Argen liegt, je drängender der Handlungsbedarf wird, desto mehr verfällt diese Landesregierung in Schockstarre. Und immer wieder hört man zwischen den Zeilen eine geradezu absurde Hoffnung heraus: Nein, wir werden jetzt nicht auf diese Aufgaben reagieren. Vielleicht gehen sie ja wieder weg?

„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte“, hat Gustav Heinemann mal gesagt, der als Genosse zum Bundespräsidenten wurde, weil er einst nicht länger in der CDU sitzenbleiben wollte. Seit über 15 Jahren ist klar, dass es an unseren Schulen nicht weniger, sondern mehr Kinder gibt, und die Migration bedeutet auch nicht weniger, sondern mehr Förderung. Unsere Schulen und Kitas, die Eltern und die Schülerschaft funken SOS, die Unterrichtsausfälle erreichen Rekordhöhen, manche Kitas machen mittags zu, weil es an Erzieher:innen fehlt. Doch Grün-Schwarz bleibt sitzen.

Weiter hinten in dieser Ausgabe könnt ihr lesen, was wir fordern. **Was unseren Schulen und Kitas helfen würde. Was eine Landesregierung machen müsste.** Es ist nur ein einziges Beispiel für eine grün-schwarze Tatenlosigkeit, die unserem Land zusetzt wie ein schleichender Plattfuß am Reifen: Es läuft noch, aber immer schlechter. Und wenn auf der Regierungsbank Leute sitzen, die selbst in dieser Situation nicht handeln können oder wollen, bin ich auch da gegen das Sitzenbleiben.

Euer



Andreas Stoch



TRANSFORMATIONSFONDS ALS SCHLÜSSEL DES STRUKTURWANDELS

Unsere Arbeitswelt und Wirtschaft stehen vor einem tiefgreifenden Wandel: Die Transformation der Wirtschaft ist durch Technologiewandel, Energie- und Mobilitätswende und neue Wettbewerber im vollen Gange. Fortschreitende Digitalisierung, Automatisierung und ein verstärkter Einsatz von künstlicher Intelligenz verändern die Struktur unserer Arbeit. Besonders die Schlüsselindustrien hierzulande, der Maschinen- und Automobilbau, stehen vor großen Herausforderungen. Bei seiner Klausur hat der Landesvorstand deshalb von der Landesregierung einen Transformationsfonds gefordert, der Unternehmen und Beschäftigte in Zeiten des Wandels bestmöglich unterstützen soll.

Mit unserer Industriestrategie 2030, welche wir der Landesregierung bereits 2020 vorgelegt hatten, haben wir unsere Ziele für Baden-Württemberg als einen nachhaltig starken Industriestandort dargelegt. Doch damals wie heute nimmt die Landesregierung keine aktive Rolle im Transformationsprozess der Industrie ein. Gerade durch die aktuell krisenbedingt angespannte Situation ist das Land aber dringend gefordert, **Unternehmen zu schützen, Arbeitsplätze zu sichern und die Standhaftigkeit der Industrie zu stärken.**

HANDELN STATT ABWARTEN!

Dafür braucht es eine ambitionierte Industriepolitik, die klar definierte Ziele verfolgt. Um diese Ziele zu erreichen, benötigt es vor allem finanzielle Unterstützung – hier kommt der von uns geforderte Transformationsfonds ins Spiel. Durch den Haushaltsüberschuss des vergangenen Jahres hat das Land über sechs Milliarden Euro zur Verfügung. **Mit diesen Mitteln ließe sich der Transformationsfonds**

für Unternehmen mit Standort in Baden-Württemberg finanzieren, um Industriearbeitsplätze zu sichern und Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Transformation zu schaffen.

Wenn das deutlich kleinere Saarland einen Transformationsfonds in Höhe von 2,8 Milliarden Euro auflegen kann, muss es der Anspruch Baden-Württembergs sein, ebenfalls mindestens diesen Betrag für den Umbau bereit zu stellen. Der Transformationsfonds muss in bestehende Programme des Landes (z.B. InvestBW) integriert werden, um so deren Spektren sowohl quantitativ als auch qualitativ zu erweitern.

WEITERBILDUNG FÖRDERN!

Zudem benötigt es einen Weiterbildungsfonds, der Unternehmen bei der Weiterqualifizierung von Beschäftigten unterstützt, damit diese ihren Arbeitsplatz auch langfristig behalten können. Der Schlüssel zur dauerhaften Innovationskraft in Baden-Württemberg liegt in den kleinen

und mittleren Unternehmen. Der Transformationsfonds soll besonders ihnen zugutekommen. Aufgrund der aktuellen Situation muss das Land direkte, bedarfsorientierte Soforthilfen und Bürgschaften zur Verfügung stellen und unbürokratisch dafür Sorge tragen, dass Betriebe nicht in die Insolvenz gehen.

DIE UMWELT MITDENKEN!

Um den Strukturwandel der Industrie in Baden-Württemberg erfolgreich zu gestalten ist es von essenziellem Wert, Industrie und Umweltschutz zusammenzuführen. Doch leider besteht ausgerechnet im grün geführten Baden-Württemberg massiver Nachholbedarf beim Ausbau regenerativer Energieinfrastruktur. Die Landesregierung muss kräftig investieren, um energie- und industriepolitisch aufzuholen.

Der Umstieg auf erneuerbare Energien muss schnellstmöglich vorangehen, gleichzeitig muss aber auch die Versorgungssicherung gewährleistet sein. Hierfür müssen Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden ausgebaut und mehr Standorte für Windkraft ausgewiesen werden. Die Politik muss

die Industrie zudem dabei unterstützen, unabhängiger von Energielieferungen wie Gas und Kohle aus autokratischen Staaten zu machen.

Um den Strukturwandel in Baden-Württemberg sinnvoll gestalten zu können...

... braucht es einen Transformationsfonds, der die Unternehmen stärkt.

... braucht es einen Staat, der endlich aktiv wird und dazu bereit ist, zu unterstützen.

... müssen Arbeitsplätze erhalten und Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen werden.

... muss Baden-Württemberg das Musterland für den ökosozialen Umbau der Industrie werden.



Anke Rehlinger (rechts), Ministerpräsidentin des Saarlands, berichtete bei der Vorstandsklausur von den Erfahrungen mit dem dortigen Transformationsfonds.

AUFTAKT ZUM KOMMUNALWAHLKAMPF 2024

**6. MAI
ESSLINGEN
NECKARFORUM**

**MIT CHRISTIAN UDE
LANGJÄHRIGER OB
VON MÜNCHEN**

**SPD
BADEN-WÜRTTEMBERG**

Am Samstag, dem 6. Mai, findet der Start der Landespartei zur Kommunalwahl 2024 statt. Ab 10 Uhr könnt ihr im Neckarforum (Ebershaldenstraße 12, 73728 Esslingen am Neckar) mehr über die organisatorischen und politischen Weichenstellungen für die Wahlen zu 35 Kreistagen, 1.101 Gemeinderäten und 410 Ortschaftsräten erfahren. Dabei wird die Layoutlinie für den Kommunalwahlkampf vorgestellt und in Workshops Wissenswertes etwa zu den rechtlichen Herausforderungen der Listenaufstellungen oder einer erfolgreichen Social-Media-Strategie vermittelt. Gast des Auftakts zur Kommunalwahl ist der langjährige SPD-Oberbürgermeister von München und ehemalige Präsident des Deutschen Städtetags, Christian Ude. Ab April könnt ihr euch zur Veranstaltung auf unserer Website anmelden.

TERMINE

APRIL '23:

- MI 12. APR · 18:30 > Juso-Landesvorstand (online)
- FR 21. APR · 15:30 > Präsidium (online)
- FR 21. APR · 17:00 > ASG-Landesvorstand (n.n.)
- FR 21. APR · 19:30 > ASF-Landesvorstand (online)
- SA 22. APR · 10:00 > Juso-Landesvorstandsklausur (Stuttgart)
- SO 23. APR · 11:00 > Juso-Landesausschuss (Freiberg a.N.)

MAI '23:

- SA 6. MAI > Kommunalpolitischer Kongress (Esslingen)
- DI 9. MAI · 10:30 > 60 plus-Landesvorstand (n.n.)
- MI 10. MAI · 18:30 > Juso-Landesvorstand (Online)
- SO 14. MAI > Landtagswahl Bremen
- SA 20. / SO 21. MAI > Juso-Zukunftskongress (Stuttgart)
- MO 22. / DI 23. MAI > Debattenort „160 Jahre SPD“
- FR 26. MAI · 15:30 > Präsidium (online)

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE

IM APRIL zum 50. Parteijubiläum:

[Redacted names and addresses for April 50th anniversary]

zum 60. Parteijubiläum:

[Redacted names and addresses for April 60th anniversary]

IM MAI zum 50. Parteijubiläum:

[Redacted names and addresses for May 50th anniversary]

[Redacted names and addresses for April 60th anniversary]

zum 60. Parteijubiläum:

[Redacted names and addresses for May 60th anniversary]

**SAVE THE DATE:
LANDESPARTEITAG AM 21.
OKTOBER IN HEILBRONN**

Merkt euch jetzt schon Samstag, den 21. Oktober vor! Denn an diesem Tag wird unser diesjähriger Ordentlicher Landesparteitag ab 10:30 Uhr im Konzert- und Kongresszentrum Harmonie in Heilbronn stattfinden.

Der Antragsschluss für den Landesparteitag ist am 9. September 2023. In Anschluss an den Landesparteitag, ab 16 Uhr, wird außerdem an selber Stelle die Landesvertreter:innenversammlung Europa stattfinden. Der Antragsschluss hierfür ist der 23. September 2023.

IMPRESSUM
Herausgeber: SPD Landesverband Baden-Württemberg
Verantwortlich: Maja Schubert
Redaktion: Maja Schubert, Laurin Pilgrim, Stephan Wehner, Sophia Zimmermann
Kontakt: SPD-Landesverband Baden-Württemberg · Wilhelmsplatz 10 · 70182 Stuttgart · Fon: 0711.61936-0 · Mail: kommunikation-bw@spd.de · Internet: www.spd-bw.de

ANZEIGE

SPD Soziale Politik für Dich.

WIRB EIN MITGLIED



MACH MIT!



Alle Infos zur Kampagne:
[LINK.SPD.DE/MISSION/30K](https://link.spd.de/mission/30k)



Werbematerialien:
[LINK.SPD.DE/MISSION30KSHOP](https://link.spd.de/mission30kshop)



Social Media-Vorlagen & mehr:
[LINK.SPD.DE/MISSION30KBILDER](https://link.spd.de/mission30kbilder)

Baden-Württemberg rutscht in diversen Schulvergleichen immer weiter in den Keller, an den Schulen fällt mehr Unterricht aus als je zuvor, Kitas müssen früher schließen, weil das Personal fehlt, und immer weniger junge Leute entschließen sich für ein Lehramtsstudium. In der Bildung brennt die Bude, man muss es so dramatisch sagen. Und im Grunde widerspricht dem auch niemand. Auch nicht bei den Grünen, auch nicht bei der CDU.

Unsere Schulen und Kitas brauchen Hilfe – viel Hilfe und sofortige Hilfe. Und auch da widerspricht niemand, auch nicht bei der Landesregierung. Nur geholfen wird nicht. Wieder einmal legt Grün-Schwarz die Hände in den Schoß.

Und wieder einmal werden die kuriosesten Ausreden aufgeföhren. Mal heißt es, das Land könne gar nicht helfen, weil es am Geld fehle. Dann ist plötzlich wieder Geld da, aber es gibt angeblich gar keine Lehrer:innen und Erzieher:innen, die man einstellen könne. Zwischenrein erklärt der Ministerpräsident auch gerne, es gehe gar nicht um mehr Lehrkräfte, sondern um bessere, ehe seine Kultusministerin Modellversuche ankündigt: Damit will sie herausfinden, ob Unterricht meist deswegen ausfällt, weil gerade niemand zum Unterrichten da ist. Das werde aber ein paar Jahre dauern, sagt sie.

Die SPD will diesem Zirkus nicht weiter zusehen: Wir fordern ein Hilfsprogramm. Für Schulen und Kitas. Für unsere Kinder. In der Dimension, die nötig ist. Die Bildungsmilliarde.

Ja, eine Milliarde. Eintausend Millionen Euro. Das ist viel Geld, aber es muss viel geschehen in unserem Land. Und mit einer Bildungsmilliarde geschieht etwas.

■ Mit einer Bildungsmilliarde können wir **1000 Lehrkräfte zusätzlich** einstellen. Und ja, es gibt Lehrkräfte auf dem Arbeitsmarkt. *Unten mehr dazu*

■ Mit einer Bildungsmilliarde können wir unseren Schulen eine **IT-Fachkräfte-offensive** bieten. Viel zu oft müssen sich noch Lehrer:innen selbst um die digitale Ausstattung kümmern. Jeder kleine Betrieb hat heute Profis für seine IT. Warum soll es an Schulen anders sein?

■ Mit einer Bildungsmilliarde gibt es auch weitere **Fachkräfte für die Kitas**. Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräfte zum Beispiel, als Entlastung der Erzieher:innen. Denen wird unglaublich viel nebenher aufgebürdet. Mehr Fach-

HÖCHSTE ZEIT FÜR DIE BILDUNGSMILLIARDE!

UNSERE SCHULEN UND KITAS BRAUCHEN HILFE, UND ZWAR VIEL UND SOFORT. FRAKTIONSCHIEF ANDREAS STOCH ERKLÄRT, WARUM DIE SPD IM LANDTAG EINE BILDUNGSMILLIARDE FORDERT – UND WARUM DAS LAND EIGENTLICH MEHR ALS GENUG GELD DAFÜR HÄTTE.

Eine Milliarde für Kitas und Schulen!

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg

Verantwortlich:
Nicole Matthöfer

Redaktion:
Hendrik Rupp
Anschrift:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon:
0711 2063-711/781

E-Mail: zentrale@
spd.landtag-bw.de
www.spd.landtag-bw.de

facebook.com/
spdlandtagbw

twitter.com/
spdlandtagbw

instagram.com/
spdlandtag_bw

kräfte gibt es auch durch mehr Aufstockungsmittel und Rückkehrboni und mehr praxisorientierte Ausbildung.

■ Mit einer Bildungsmilliarde gibt es zusätzliche Stellen für **Schulpsychologie** und einen Ausbau der **Schulsozialarbeit**.

■ Mit einer Bildungsmilliarde können wir auch unsere **Grundschullehrer:innen besser bezahlen**. Grundschulen sind immens wichtig, aber so lange wir sie nicht endlich nach A13 bezahlen, werden weiter Fachkräfte nach Bayern abwandern.

■ Und mit einer Bildungsmilliarde könnten wir überall für multiprofessionelle Teams an den Schulen sorgen. Mit Verwaltungsfachleuten, die der Schulleitung helfen, mit Expert:innen aus der Praxis, aus Sport- oder Musikvereinen.

Dass es mehr Studienplätze im Lehramt braucht, eine größere Krankheitsvertretungsreserve – auch das ist bekannt. Und

auch das kostet Geld. Eine Milliarde ist für all das nicht zu viel.

Ich habe es oben schon geschrieben: Im Basteln von Ausreden ist die grün-schwarze Politik kaum zu überbieten. Wir wollen auch die beiden wichtigsten Alibis abhaken:

■ **Doch, es gibt Geld.** Der Landtag hat der Landesregierung (auch mit den Stimmen der SPD) über 14,5 Milliarden Euro bewilligt – zur Bewältigung der Corona-Krise und ihrer Folgen. Nichts Anderes sind die vielen Probleme an unseren Schulen und Kitas. Die Landesregierung hat allein von diesem Mitteln aktuell noch gut 5,3 Milliarden Euro übrig. Und es ist sowieso eine Landesregierung, die im vergangenen Jahr einen Überschuss von über 6,5 Milliarden Euro in der Kasse hatte. Es geht nicht ums Geld!

■ **Doch, es gibt Lehrkräfte.** Auch in Baden-Württemberg sind noch Hunderte, wenn nicht Tausende von Lehrer:innen unbeschäftigt. Meistens sind es Gymnasiallehrkräfte. Aber die können ihre Fächer auch an Gemeinschaftsschulen, Realschulen der beruflichen Schulen unterrichten.

Mit ihrem Nichtstun steht die grün-schwarze Landesregierung immer einsamer da. Schauen wir uns nur das Startchancen-Programm der Bundesregierung an, übrigens auch mit einer Milliarde ausgestattet. Hier geht es genauso um bessere und gerechtere Bildungschancen wie in den Aufrufen der ständigen wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz. Auch die fordert, die knappen Ressourcen bei den Lehrkräften besser zu nutzen. Und die Wirtschaft bemerkt, wie sehr das ganze Land unter dem Personalmangel in der Bildung leidet: Kitas und frühkindliche Betreuung sind auch elementar für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und diese Vereinbarkeit muss sich Baden-Württemberg in Zeiten des Fachkräftemangels unbedingt leisten.

Eine Milliarde für die Bildung? Jeder einzelne Euro muss sein. So schnell wie möglich.


SPD
Baden-Württemberg
Für Dich im Landtag